

„Suffizientes Wohnen statt Flächenverbrauch – Wege zu einem nachhaltigen Wohnflächenmanagement“

29.03.2019

Bericht über die Fachtagung, Autorin: Katharina Seegelke

1

Begrüßung

Bereits zum vierten Mal in Folge haben die HafenCity Universität und der BUND Hamburg zu einer gemeinsamen Fachtagung unter der Überschrift nachhaltiger Flächennutzung eingeladen. Die Zusammenarbeit und das Format haben sich bewährt, knapp 200 Teilnehmer*innen hatten sich für die Veranstaltung angemeldet. Das Publikum bestand überwiegend aus Vertreter*innen fachnaher Disziplinen und wurde durch zahlreiche Ehrenamtliche aus Verbänden und Initiativen sowie Teilnehmer*innen aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung ergänzt.

Gegenstand der Tagung 2019 war das Thema „Suffizientes Wohnen statt Flächenverbrauch“. Suffizienz steht für einen sparsamen Umgang mit den begrenzten Ressourcen. Darunter fallen in einer Metropolregion wie Hamburg insbesondere auch Wohnraum und Freiflächen.

Um dem steigenden Druck auf die Freiflächen entgegenzuwirken, muss Hamburg zukünftig deutlich weniger Flächen neu in Anspruch nehmen und auch der durchschnittliche Wohnflächenverbrauch pro Kopf muss sinken. Einen Lösungsansatz bietet ein nachhaltiges Wohnflächenmanagement. Welche Instrumente dabei zur Verfügung stehen und welche Möglichkeiten sich für Hamburg bieten, wurde in den Vorträgen und Diskussionen der Tagung erörtert.

Prof. Dr. Jörg Knieling (HafenCity Universität Hamburg) und Manfred Braasch (BUND Hamburg) eröffneten die Tagung mit Grußworten für die Veranstalter. Ein besonderer Dank ging dabei an den Kooperationspartner, die Hamburgische Architektenkammer, sowie die Unterstützer der Veranstaltung, die Behörde für Umwelt und Energie und die Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung.

Die Gastgeber waren sich einig, dass ein gesellschaftlicher Wandel hin zu mehr Suffizienz erforderlich wäre. Eine nachhaltige Stadtentwicklung könne nur dann funktionieren, wenn neben Themen wie Klimaschutz, Klimaanpassung, Nachverdichtung oder Aufstockung etc. auch die Strategie der Suffizienz verstärkt in den Blickpunkt rückt. Beide wiesen auf die vielschichtigen Flächennutzungskonflikte hin, die sich in einer Großstadt zwangsläufig ergeben. Wichtig sei daher der gemeinsame Dialog darüber, wie die Stadt aussehen soll, in der wir leben wollen, und wie wir diese Zielvorstellung trotz Wachstum erreichen können.

Durch die Tagung führte die Moderatorin Silke Inselmann (widserve Wissensdienstleistungen).



Wohnraum ist nicht knapp, nur schlecht verteilt. Lässt sich das Dilemma auflösen?

Dr. Michael Kopatz, Wuppertal Institut, stellt in seinem Eingangsstatement eine provokante These auf: Wohnraum sei nicht knapp, nur schlecht verteilt. In seinem Vortrag geht er der Frage nach, wie sich das ändern lässt. Denn dass wir etwas ändern müssen, sei unumgänglich. Die Auswirkungen unseres Handelns werden immer deutlicher spürbar, der Klimawandel ist längst angekommen.

Für einen Wandel hin zu mehr Suffizienz brauche es soziale Innovationen sowie eine Änderung von Strukturen und Gewohnheiten. Im ersten Schritt müssen das nicht immer Restriktionen sein, wir sollten aber zumindest aufhören, beständig weiter zu expandieren. Dass sich Gewohnheiten ändern lassen, zeigt das Beispiel der Wärmeschutz- und Energieeinsparverordnungen. Mithilfe von Grenzwerten und gesetzlichen Vorgaben konnten hier schon große Einspareffekte erzielt werden.

Herr Dr. Kopatz präsentiert einige Vorschläge für den Wohnungssektor. Leitsätze wie „Sanierung vor Neubau“ oder „Nutzen statt besitzen“ seien wichtige Ansätze für mehr Suffizienz. Er schlägt außerdem die Einrichtung von Baustoffbörsen vor, die die Weitervermittlung von nicht mehr gebrauchtem Baumaterial (z.B. Baustoffe, Fenster, Türen) zum Ziel haben. So könnten auf einfachem Weg Abfälle vermieden werden.

Um Neubau und damit weiteren Ressourcenverbrauch zu vermeiden, sei darüber hinaus die persönliche Ansprache einzelner Wohnungsmarktakeure sinnvoll. In den einzelnen Lebensphasen bestehen unterschiedliche Ansprüche an Wohnraum. Ein so genanntes Changemanagement, angesiedelt in einer lokalen Anlaufstelle, könne dabei helfen, die veränderten Wohnraumansprüche auf Quartiersebene zu identifizieren, und eine entsprechende Beratungsfunktion übernehmen, um so zu einer optimierten Wohnflächennutzung beizutragen. Eine repräsentative Umfrage habe ergeben, dass bei vielen Menschen durchaus der Wille vorhanden ist, die eigene Wohnfläche zu verkleinern, es in der Praxis aber immer wieder Umsetzungshürden gibt. Hier sollte das Changemanagement anknüpfen.

Zur Unterstützung entsprechender Vorhaben brauche es finanzielle Anreizsysteme, so Kopatz. Die KfW bezuschusse beispielsweise seit Kurzem die Wohnflächenteilung zur Schaffung neuer Wohneinheiten.

Michael Kopatz beschließt seinen Vortrag mit einem Plädoyer zu mehr Suffizienz. Denn wichtig sei bei alledem insbesondere die Erkenntnis, dass materielles Wachstum alleine nicht glücklicher macht.

Gelebte Utopien – Praxisbeispiele für suffizientes Wohnen

Im Anschluss an die Keynote folgt der erste inhaltliche Block der Tagung. Unter der Überschrift „Gelebte Utopien“ stellten die Referent*innen Praxisbeispiele vor, die einen suffizienten Umgang mit der begrenzt vorhandenen Wohnfläche anstreben.

Das Konzept Cluster-Wohnen – Vorstellung verschiedener Praxisbeispiele

Den Anfang macht Friedrich May, Hochschule für Technik und Wirtschaft, Berlin. Er stellt das Forschungsprojekt Cluster-Wohnungen vor, welches die HTW Berlin gemeinsam mit der



Fachhochschule Potsdam durchführt. Die Projektlaufzeit erstreckt sich von April 2017 bis Mitte diesen Jahres.

Friedrich May beginnt seinen Vortrag mit einer Definition, was sich hinter dem Begriff Cluster-Wohnen verbirgt. „Cluster“ bedeutet übersetzt so viel wie Haufen / Gemenge - in einer Clusterwohnung kommt also etwas zusammen, baulich und auch sozial. Im Unterschied zu einer Wohngemeinschaft (mehrere gleichgestellte Mieter in einer Wohneinheit) oder einem Wohnheim (mehrere gleichgestellte Mieter in eigenen Untereinheiten plus Gemeinschaftsflächen, die von einem Träger bewirtschaftet werden) gibt es in einer Clusterwohnung zwar auch einzelne Untereinheiten, diese gehen aber direkt in die Gemeinschaftsräume über und sind nicht durch Verkehrsflächen oder ähnliches separiert. Sie sind integraler Bestandteil der baulichen Form. Die Gemeinschaft stellt sich darüber hinaus selbst die Regeln des Zusammenlebens auf, diese werden nicht durch einen externen Träger vorgegeben.

Das Forschungsprojekt hat 34 Cluster-Wohnprojekte in Deutschland, Österreich und der Schweiz identifiziert (Stand Januar 2019), der Großteil davon in Großstädten. Im weiteren Verlauf geht Herr May auf einige der Beispiele und Fallstudien ein: Neufrankengasse (Zürich), mehr als wohnen (Zürich), inklusiv wohnen Köln (Köln) und Annagarten (Oranienburg).

Welchen Beitrag diese Form des Zusammenlebens zu einem suffizienten Wohnen leisten kann, sei offensichtlich. Durch das gemeinschaftliche Teilen von Flächen, Nutzungsgegenständen etc. können erhebliche Ressourceneinsparungen erzielt werden. Und dies kommt unmittelbar auch denjenigen zugute, die in einem Cluster-Projekt wohnen, denn durch die gemeinsame Nutzung von Gemeinschaftsflächen ergeben sich oftmals ganz neue Möglichkeiten, z.B. die Einrichtung einer Sauna im Gemeinschaftsbad. Eine Reduktion der eigenen Wohnfläche muss also nicht mit einem allgemeinen Verzicht oder Einbußen der Wohnqualität einhergehen.

Die Ergebnisse des Forschungsprojektes sind ab Mitte 2019 online abrufbar.

Der Bremer Punkt – Innenentwicklung statt Flächenverbrauch

Corinna Bühring, Gesellschaft für Wohnen und Bauen – GEWOBA Bremen, stellt den Bremer Punkt als weiteres Praxisbeispiel im Bereich des suffizienten Wohnens vor.

Der Bremer Punkt ist der Prototyp für ein viergeschossiges Mehrfamilienhaus mit 4-11 Wohneinheiten und wurde 2018 unter anderem von der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB) mit dem Preis für Nachhaltiges Bauen ausgezeichnet. Er ist ein Projekt der Innenentwicklung.

Die GEWOBA hat als kommunale Wohnungsbaugesellschaft vor allem Gebäudebestände aus den 1950er und 60er Jahren und verfügt über rund 42.000 eigene Mietwohneinheiten. Etwa die Hälfte des gesamten Wohnungsbestandes sind 3-Zimmer-Wohnungen mit rund 60 qm. Nur sehr wenige Wohnungen sind barrierefrei, gleichzeitig ist jede*r dritte GEWOBA-Mieter*in älter als 60 Jahre. Die GEWOBA hatte sich deshalb das Ziel gesetzt, das eigene Portfolio zu erweitern, und dazu einen entsprechenden Wettbewerb ausgelobt. Ergebnis war der Bremer Punkt.



Das Konzept sieht vor, einzelne Punkthäuser behutsam in die Bestandsquartiere zu integrieren. Durch enge Zusammenarbeit mit den Bestandsmieter*innen vor Ort würden Konflikte vermieden und gleichzeitig Chancen eröffnet, so Bühning. Schon zu Beginn der Planungen befragte die GEWOBA ihre Bestandsmieter*innen vor Ort bezüglich möglicher Veränderungs- oder Verbesserungswünsche (z.B. Barrierefreiheit, weniger oder mehr Zimmer). Die GEWOBA versucht, die Wünsche in dem neuen Punkthaus umzusetzen, und die Bestandsmieter*innen können je nach Nachfrage dort einziehen.

Der Bremer Punkt wird in serieller, modularer Bauweise im Holzbau hergestellt. Das habe gleich mehrere Vorteile, erklärt Corinna Bühning. Die Holzbauweise sei klimafreundlicher, denn Holz ist ein langfristiger CO₂-Speicher sowie ein nachwachsender Rohstoff. Außerdem seien in dieser Bauform auch dünnere Wandstärken möglich, was auch wirtschaftliche Vorteile habe. Der Bremer Punkt erreicht den KfW55-Energiestandard.

Durch die modulare Bauweise ist es möglich, verschiedene neue Wohnformen anzubieten. Eine gänzlich individuelle Planung ist aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich, die GEWOBA verfügt aber über einen Katalog von über 20 verschiedenen Wohnungstypen, die in den Punkthäusern realisiert werden können, sodass eine gewisse Individualität gegeben ist.

Zum Abschluss stellt Corinna Bühning einige bereits erfolgreich fertiggestellte Bremer Punkt-Häuser vor, drei weitere sind derzeit in Planung.

Welchen Beitrag kann der Hamburger Wohnungsbau zum suffizienten Wohnen leisten?

Im Anschluss an die Vorstellung der Praxisbeispiele in anderen Städten folgte eine Annäherung an das Thema aus Hamburger Perspektive.

Suffizientes Wohnen: Welche Ansätze verfolgen Hamburgs Architekt*innen?

Karin Loosen, Präsidentin der Hamburgischen Architektenkammer, begrüßt, dass das Thema Suffizienz im Wohnungsbau Gegenstand der Tagung ist. Sie eröffnet ihren Vortrag mit einer Definition, was Suffizienz in diesem Zusammenhang für sie bedeutet, nämlich „bewusst und sparsam planen – und dabei noch besser leben!“. Ein intelligenter und umsichtiger Einsatz von Ressourcen und eine Veränderung der Lebens- und Verhaltensmuster könne bereits viel erreichen.

Der Innovationsdruck sei ohnehin bereits gegeben. Vor dem Hintergrund der Boden- und Ressourcenknappheit, des Klimawandels sowie gesellschaftlicher Herausforderungen wie Wohnungsnot oder demografischem Wandel sei es unabdingbar, dass Veränderungen stattfänden. Dazu sei es wichtig Probleme zu bündeln und im gesamtstädtischen Kontext zu planen. Es brauche eine stärkere Vernetzung zwischen einzelnen Themen und Interessensgruppen. Wohnen, Arbeiten und Freizeit müssten mehr zusammengedacht werden, ebenso die Themen Dichte, Digitalisierung und Mobilität.



Die Hamburgische Architektenkammer hat im vergangenen Jahr einen Workshop „Hamburg 2050“ veranstaltet. Eine wesentliche Erkenntnis war hierbei, dass der Schlüssel für eine nachhaltige Stadtentwicklung in den Quartieren liegt. Es brauche neue Quartierkonzepte zur Nutzungsmischung sowie multifunktionale Ansätze, etwa die Überbauung von Parkplatzflächen, die Aufstockung von Discountern mit Wohnungen oder das Magistralenkonzept. Außerdem sollten verfügbare Synergien besser genutzt werden, beispielsweise in Form von Mehrgenerationenwohnen.

Gleichzeitig müsse die bestehende städtebauliche Dichte qualifiziert werden. Erforderlich seien neu definierte Standards, mehr gemeinschaftliche Angebote, flexible Gestaltungsformen und insgesamt eine kompaktere Bau- und Lebensweise. Die Stadtentwicklung müsse bewusst neue Weiten schaffen und sich verstärkt um den Bestand kümmern (Graue Energie, Identität etc.). Im Zuge des suffizienten Bauens spiele ebenso die Wahl der Materialien und der Bauweise eine große Rolle.

Abschließend plädiert Karin Loosen noch einmal für das Leitbild einer funktionsgemischten Stadt und weist darauf hin, wie wichtig dabei die Themen Vernetzung und Zusammenarbeit sind.

Welche Ansätze in der Wohnungspolitik verfolgt die Stadt!

Dr. Jenny Weggen, Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen Hamburg, beginnt ihren Vortrag mit einem Überblick über die aktuellen Herausforderungen, vor denen die Stadt Hamburg zurzeit im Wohnungssektor steht. Die steigenden Bevölkerungszahlen und der steigende Wohnraumbedarf pro Kopf sorgen für einen hohen Nachfragedruck nach neuem Wohnraum. Deshalb hat sich die Zahl der fertiggestellten Wohneinheiten in den letzten Jahren stark erhöht, vor allem der Bau von Mehrfamilienhäusern hat stark zugenommen.

Besonders wichtig sei die Bezahlbarkeit und Nachhaltigkeit des neu zu schaffenden Wohnraums. Der Fokus liegt auf der Nachverdichtung und der Innenentwicklung. Hamburg fördere darüber hinaus neben der Modernisierung von Gebäuden auch den Holzbau und den Ausbau von Dachgeschossen. Neuerdings gibt es auch Fördermöglichkeiten für neue Wohnformen wie das Clusterwohnen. Insgesamt sei eine große Offenheit für neue, innovative Wohnkonzepte vorhanden. So finden sich diese beispielsweise auch in Bewertungskatalogen bei Konzeptausschreibungen für Wohnungsbau.

Für einen suffizienten Wohnungsbau müsse man zudem kompakter bauen. Hamburg vergebe deshalb ergänzende Zuschüsse für kompakte Bauvorhaben und Kompaktwohnungen. Für öffentlich geförderte Wohnungen gibt es konkrete Vorgaben, welche Wohnungsgrößen förderfähig sind, sodass diese ohnehin kompakt und funktional sein müssen.

Zum Abschluss ihres Vortrages stellt Jenny Weggen zwei Hamburger Beispiele vor, denen der Sharing-Ansatz zugrunde liegt, das Projekt „Zugvögel“ in der Neuen Mitte Altona und die „Heimatmole“ in der HafenCity.



Welchen Beitrag können gemeinschaftliche Wohnformen zum suffizienten Wohnen leisten?

Dr. Tobias Behrens, Geschäftsführer STATTBAU HAMBURG GmbH, geht in seinem Vortrag der Frage nach, wie gemeinschaftliche Wohnformen und das Thema suffizientes Wohnen zusammenhängen. Als Stadtentwicklungsgesellschaft, die Wohnprojekte entwickelt, begleitet und betreut, stehe man vor der Herausforderung, qualitativ hochwertigen Wohnungsbau mit begrenzten Ressourcen zu realisieren. Der Suffizienz-Gedanke spiele also stets eine wichtige Rolle.

So auch bei der Finanzierung eines Wohnprojektes. Wenn ein Wohnprojekt öffentlich gefördert wird, gebe es beispielsweise strenge Vorgaben zu den förderfähigen Wohnungsgrößen, es sei also von vorneherein ein suffizienter Umgang mit der Ressource Fläche geboten.

Auch beim Thema Energie und Baustoffe würden Baugemeinschaften in der Regel innovative, nachhaltige Ansätze verfolgen. Tobias Behrens stellt die Passivhäuser Pinnaßberg und Kieler Straße sowie die autofreie Siedlung Saarlandstraße als positive Beispiele vor.

Wohnprojekte seien darüber hinaus in der Regel gemeinschaftlich geplant. Dadurch könne man passgenaue Wohnungen schaffen und so einen weiteren Beitrag zum suffizienten Wohnen leisten, da nur der Wohnraum gebaut werde, der tatsächlich gebraucht ist. Außerdem würden im Rahmen von Wohnprojekten meist auch Gemeinschaftsräume geschaffen, die vom umliegenden Quartier mit genutzt werden können, zum Beispiel die Dachterrasse des Dok 71 in der HafenCity, auf der gemeinschaftlich gegärtnert wird.

Alles in allem leiste das gemeinschaftliche Wohnen also einen wichtigen Beitrag zum suffizienten Wohnen.

Welchen Beitrag kann Stadtplanung zum suffizienten Wohnen leisten?

Im Anschluss an die Mittagspause folgte der dritte inhaltliche Block der Tagung. Es wurden Ansatzmöglichkeiten und Instrumente vorgestellt, mit denen Stadtplanung das suffiziente Wohnen befördern kann.

Stellschrauben einer suffizienten Wohnungs- und Bodenpolitik

Ricarda Pätzold vom Deutschen Institut für Urbanistik geht in ihrem Vortrag auf die Zusammenhänge zwischen Boden- und Wohnungspolitik ein und stellt sich der Frage, welche Rahmenbedingungen für ein suffizientes Wohnen erforderlich sind.

Messbar sei das Thema Suffizienz beispielsweise am Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrsnutzung. Ricarda Pätzold stellt eingangs die aktuelle Entwicklung des Flächenverbrauches und auch des Wohnflächenkonsums pro Kopf dar. Es wird deutlich, wie weit die Realität gegenwärtig von dem Netto-Null-Ziel und auch vom bundesweiten 30 Hektar-Ziel entfernt ist.

Dabei gebe es durchaus Instrumente zur Steuerung des Wohnflächenkonsums, diese stießen jedoch zumeist auf wenig Akzeptanz. Über Regulierungsinstrumente, also Gebote und Verbote, können



beispielsweise Belegungsvorschriften und qm-Vorgaben erfolgen. Auch im Bereich der Förderung können unter anderem Umzugshilfen oder Förderungen für flächensparendes Wohnen den Suffizienz-Ansatz unterstützen. Über eine Grundsteuer nach Wohnfläche pro Kopf könnten auch steuerliche Anreizsysteme ihren Beitrag zum Thema Suffizienz leisten. Das Dilemma der Umsetzbarkeit und der Wirksamkeit bleibe aber weiterhin bestehen. Der Gegensatz zwischen dem Wunsch nach Regulierung und der Ablehnung von staatlichen Eingriffen führe dazu, dass immer mehr Scheingefechte geführt und irreführende Thesen wie „Es darf nichts mehr gebaut werden!“ aufgestellt werden.

Aber wie hängen die Themen Wohnungsnot, Wohnungsmarkt und Bodenpolitik überhaupt zusammen? Das Thema Wohnungsnot ist nicht neu, die meisten Lösungsansätze vergessen aber immer wieder den Zusammenhang zur Bodenpolitik. Die Antwort auf steigende Mieten in wachsenden Städten sei zumeist „bauen, bauen, bauen“. Das wiederum sei an sich aber keine Lösung des Problems, denn durch die Ausweisung von weiterem Bauland sinken nicht automatisch die Mieten.

In der wohnungspolitischen Debatte würden daneben Ansätze genannt, die auf die Verringerung der individuellen Wohnfläche abzielen, so beispielsweise auch im öffentlich geförderten Wohnungsbau. Das Problem hierbei sei aber, dass dies in der Regel nur die ohnehin bereits schwächeren Marktteilnehmer*innen träfe. Der Bau kleinerer Wohnungen bedeute außerdem ebenso wenig, dass dies zu niedrigeren Mieten führe.

Für einen tatsächlichen Einfluss auf die Mieten bedarf es einer funktionierenden Bodenpolitik, so Ricarda Pätzold. Die Kommunen müssten ihre verlorene Steuerungskraft zurückgewinnen. Ricarda Pätzold stellt dazu die Ergebnisse der „Roadmap Bodenpolitik 2017“ vor, die vom DIfU gemeinsam mit anderen Akteuren erarbeitet wurde. Neben einem verantwortlichen Umgang mit öffentlichem Boden sei es unabdingbar, die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu stärken, zum Beispiel durch die Weiterentwicklung des kommunalen Vorkaufsrechtes. Insgesamt sei eine tatsächliche Steuerungsfunktion der Kommunen über die Bodenentwicklung erforderlich, denn eine funktionierende Bodenpolitik sei die Voraussetzung für (fast) alle Stadtentwicklungsprozesse.

Kommunale Strategien zur Reduktion der Wohnfläche pro Kopf am Beispiel von Einfamilienhausquartieren

Dr. Lars Brischke vom Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg stellt erste Erkenntnisse des Projektes „LebensRäume“ vor, welches sich unter anderem mit einer bedarfsgerechten Wohnraumnutzung sowie der Energieeinsparung durch die Verringerung der Wohnfläche pro Kopf beschäftigt (Projektlaufzeit März 2017 bis Februar 2020).

Hintergrund des Projektes ist die Situation der Ein- und Zweifamilienhaussiedlungen in Deutschland. Gerade in älteren Bestandsgebieten leben vielfach ältere Menschen auf großen Flächen in Häusern mit einer schlechten Energiebilanz. Gleichzeitig gibt es eine hohe Nachfrage nach Wohnraum und das allgemeine Ziel, Flächen zu sparen.



Für das Projekt wurden sechs Modell- und vier Projektkommunen ausgewählt. Die Arbeit stützt sich auf wissenschaftliche Analysen, Interviews und eine repräsentative Telefonbefragung. Erste Erkenntnisse der Befragung haben ergeben, dass immerhin 38 % der Befragten ihr Haus als zu groß empfinden. Zudem habe die Hälfte der Befragten eine grundsätzliche Umzugsbereitschaft signalisiert.

Lars Brischke stellt verschiedene Strategien zur suffizienten Wohnraumnutzung vor. Naheliegend ist hier zunächst der Umzug in eine kleinere, passgenaue Wohnung. Dabei treten aber immer wieder Hemmnisse zutage. Die emotionale Bindung an das eigene Haus, ein Mangel an Finanzmitteln oder auch fehlende Wohnangebote erschweren beispielsweise den Umzug in eine kleinere Wohnung oder die Umgestaltung des Eigenheims. Strukturelle Hemmnisse ergeben sich beispielsweise auch mit Blick auf die zumeist heterogenen Bewohnerstrukturen, die eine systematische Ansprache erschweren.

Im Sinne einer suffizienten Wohnraumnutzung wäre es auch denkbar, Zimmer oder Teile des Hauses zu vermieten oder ein gemeinschaftliches Wohnmodell im eigenen Haus zu realisieren. Die im Rahmen des Projektes durchgeführte Umfrage haben ergeben, dass etwa 30 % der Befragten in einem Haus wohnen, das über eine abgeteilte Wohnung verfügt. 60 % dieser Wohnungen sind jedoch nicht vermietet. Lars Brischke stellt mehrere erfolgreiche Beispiele für gemeinschaftliches Wohnen vor, die im Rahmen des Projektes untersucht wurden, zum Beispiel das Wohnprojekt „ro*sa Donaustadt“ in Wien und „wagnis 3“ in München.

Abschließend geht Lars Brischke noch einmal auf die kommunalen Handlungsspielräume mit Blick auf das Ziel der Wohnflächenreduktion ein. Wichtig sei hierbei vor allem eine gezielte Kommunikation, da mithilfe eines kommunalen Beratungs- und Unterstützungskonzepts beispielsweise bestehende Hemmnisse abgebaut werden könnten. Dazu bedürfe es einer entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit, Fachberatungen und auch einer praktischen Unterstützung. Mit Kampagnen zur Bestandsentwicklung, begleitet durch ein entsprechendes Quartiersmanagement, können gezielt Eigenheimbesitzer*innen angesprochen und beraten werden. Lars Brischke stellt eine Vielzahl weiterer Ansätze und Beispiele vor und verweist für weitere Informationen und Erkenntnisse auf den Projektbericht, der im kommenden Jahr fertiggestellt werden soll.

Transformation by design or by disaster

Vor der abschließenden Podiumsdiskussion stellt der BUND-Arbeitskreis Suffizienz seine Positionierung mit Blick auf das Tagungsthema suffizientes Wohnen vor.

Wolfgang Lührs, Sprecher des Hamburger BUND-Arbeitskreises Suffizienz, zeigt zu Beginn seines Vortrages sehr deutlich die Grenzen des Wachstums auf. Er stellt anschaulich dar, dass „mehr“ nicht immer positiv ist und ein stetiges Wachstum nicht von ewiger Dauer sein kann. Früher oder später werde ein Punkt erreicht, an dem der stete Anstieg sich ins Gegenteil verkehrt, weil ein weiteres Wachstum negative Auswirkungen hätte oder schlichtweg nicht mehr möglich wäre. Das betreffe auch den Anstieg des BIP, des Primärenergieverbrauchs und des CO₂-Verbrauchs weltweit.



Deutschland müsse sich dieser Grenzen des Wachstums bewusst werden und entsprechend handeln. Unser ökologischer Fußabdruck sei so hoch, dass wir jedes Jahr drei Erden verbrauchen, ein Viertel davon mache der Bau- und Wohnungssektor aus. Dies könne so nicht weiter gehen!

Der Arbeitskreis fordert daher einen Komplettausstieg aus fossilen Energien bis 2040. Außerdem müssen Themen wie Graue Energie und Kreislaufwirtschaft deutlich mehr Beachtung finden. Im Sinne eines nachhaltigen Bausektors wäre es wichtig, so qualitativ hochwertig zu bauen, dass die geplante Lebensdauer von Neubauten bei mindestens 100 Jahren liege. Neubauten müssten darüber hinaus als Niedrigstenergiegebäude geplant und gebaut werden, um den Ressourcenverbrauch auch in der Nutzungsphase möglichst gering zu halten. Dazu sollte auch die Modernisierungsrate im Gebäudebestand deutlich erhöht werden auf mindestens 3 % pro Jahr.

Für Hamburg fordert der BUND-Arbeitskreis konkret, die Ausweisung weiterer Einfamilienhausgebiete zu unterbinden. Außerdem müsse der Verkauf städtischer Flächen unterbleiben. Daseinsvorsorge ist Aufgabe der Kommunen, dazu gehöre auch die Versorgung mit ausreichend bezahlbarem Wohnraum. Die Zahl der Sozialwohnungen müsse daher weiter erhöht und die Sozialbindung dauerhaft erhalten werden. Zur Regulierung des Wohnflächenverbrauchs brauche es Fördermittel für das Wohnen auf kleiner Fläche, ggf. müsse man auch über eine Sanktionierung des Wohnens auf großer Fläche nachdenken. Denn Flächen sind knapp und die Grenzen des Wachstums schon jetzt deutlich spürbar, insbesondere in einer Stadt wie Hamburg.

Podiumsdiskussion

Zum Abschluss der Tagung diskutierten Dirk Kienscherf (Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft), Karin Loosen (Präsidentin Hamburgische Architektenkammer), Julian Petrin (urbanista Hamburg), Manfred Braasch (Geschäftsführer BUND Hamburg) und Prof. Dr. Jörg Knieling (HafenCity Universität) darüber, ob und wie es sich in Hamburg suffizient wohnen lässt. Moderiert wurde die Diskussionsrunde von Silke Inselmann.

Frau Inselmann fragt die Diskutant*innen zu Beginn, welche Vision sie für ein suffizientes Wohnen in Hamburg haben. Dirk Kienscherf wünscht sich ein grünes Hamburg, das trotzdem weiter wächst und wo das Wohnen weiterhin bezahlbar bleibt. Dazu müsse man behutsamer mit den vorhandenen Flächen umgehen.

Jörg Knieling hält diese Vision zwar für wünschenswert, betont aber, dass die Entwicklungen derzeit in eine ganz andere Richtung laufen. Der Flächenverbrauch pro Kopf steige immer weiter, gleichzeitig werde – auch in Hamburg – der „Traum vom Einfamilienhaus“ weiterhin gefördert. Hier brauche es ein Umdenken und mehr positive Bilder bzw. Visionen, die innovative Wohnformen und Projekte in den Blickpunkt rücken.

Karin Loosen unterstützt die Ausführungen. Positive Stadtentwicklungsbilder könnten eine Vision aufzeigen, für die es sich einzustehen lohne. Die Stadt gehöre uns allen, wir brauchen mehr Mut zu Innovation und müssten verstärkt ressortübergreifend planen und denken.



Auch Julian Petrin betont, dass es einer positiven Vision bedarf, die Lust auf ein Suffizienz-geprägtes Leben macht. Zur Umsetzung der Vision braucht es entsprechende Angebote in der Praxis und mehr Mut für optimistische Ziele.

Manfred Braasch teilt die Vision eines grünen Hamburgs, kritisiert jedoch, dass sich Hamburg derzeit immer weiter von diesem Ziel entferne. Dabei gebe es genügend Ansätze und Instrumente, wie Hamburg Wohnraum schaffen kann und die Natur- und Freiflächen trotzdem erhalten werden können. Neben einem funktionierenden Netto-Null-Konzept müsse auch der Wohnungsbestand verstärkt in den Fokus der Stadtentwicklung rücken. Hier sieht er bislang keine größeren Bemühungen seitens der Politik bzw. der Verwaltung.

Dirk Kienscherf weist darauf hin, dass entsprechende Kommunikations- und Beratungsangebote, beispielsweise zum Thema Umzugshilfe, durchaus unterstützt werden. Es gebe aber keine einheitliche, allgemeingültige Lösung.

Jörg Knieling gibt zu bedenken, dass die Diskussion nicht zu sehr auf die Problematik des veränderten Wohnflächenbedarfes in unterschiedlichen Lebensphasen beschränkt werden dürfe, da dies den „Schwarzen Peter“ unnötig vor allem der älteren Generation zuschiebe. Viel wichtiger sei die Frage, wie Einfluss auf die Prozesse des privaten Wohnungsmarktes erfolgen könne. Denn dort fehlt es bislang an Zugriffsmöglichkeiten. Der höchste Anteil von Neubau erfolgt im freien Wohnungsmarkt, wozu auch der Drittmix beitrage, der nur ein Drittel im sozialen Wohnungsbau vorsehe. Das Ziel dürfe nicht sein, den sozialen Wohnungsbau und ohnehin benachteiligte Marktteilnehmer*innen durch weniger Wohnfläche weiter einzuschränken, sondern nötig seien Beschränkungen bei Eigentumswohnungen und im unreglementierten Mietwohnungsbau.

Karin Loosen ergänzt die Ausführungen um das Thema „Mehrwert“. Denn durch eine nachhaltige Stadtentwicklung könne auch die Lebensqualität in einer Stadt wie Hamburg deutlich gesteigert werden. Durch eine effizientere Nutzung bestehender Strukturen zur Schaffung von neuem Wohnraum (z.B. Aufstockung von Discountern oder Magistralenentwicklung) ergebe sich die Chance, vorhandene Freiräume neu zu gestalten und einen Mehrwert für die Anwohner*innen zu schaffen.

Die Moderatorin lenkt die Diskussion zurück auf die Frage nach dem Umgang mit dem Wohnungsbestand. Manfred Braasch kritisiert, dass die Sanierungsrate derzeit bei unter einem Prozent liegt. Im Bündnis für das Wohnen fehle es grundlegend an einer Auseinandersetzung mit dem Thema Suffizienz. Dabei brauche es dringend Instrumente, welche die Sanierung von Gebäuden fördern und auch Themen wie graue Energie und Ressourcenverbrauch beachten. Eine Bauschuttabgabe wäre beispielweise ein geeignetes Instrument, um Sanierungen gegenüber dem Abriss und Neubau von Gebäuden zu fördern. Außerdem brauche es eine verbesserte Kommunikation über Fördermöglichkeiten, um innovative Wohnformen zu unterstützen.

Mit Blick auf das Thema der Tagung fragt die Moderatorin die Diskutant*innen, ob das Leitbild der wachsenden Stadt für Hamburg unter Suffizienz-Gesichtspunkten eigentlich noch immer zukunftsfähig sei. Dirk Kienscherf ist sich sicher, dass Hamburg auch in Zukunft weiter wachsen werde und sich als weltoffene Stadt gegenüber Wachstum nicht verschließen dürfe. Deshalb wolle man verantwortungsbewusst wachsen. Jörg Knieling kritisiert, dass Hamburg aus übergeordneter Perspektive sehr rücksichtslos handle. Die auf Wachstum ausgerichtete Stadtentwicklungspolitik führe einerseits dazu, dass Hamburg seine eigentlichen Qualitäten als attraktive Stadt gefährde,



während andererseits andere, v.a. ländliche Regionen unter Abwanderung litten. Er betont noch einmal den Wert einer Positiv-Kampagne für das Wohnen auf kleiner Fläche, statt weiterhin Werbung für den Traum vom Einfamilienhaus zu betreiben. Außerdem müsse sich das Thema Suffizienz zukünftig durchgehend in Ausschreibungen und als Bestandteil von Konzeptvergabeverfahren etc. wiederfinden.

Auch Karin Loosen und Manfred Braasch betonen noch einmal, wie wichtig das Handeln und Planen auf regionaler Ebene sei. Es reiche beispielsweise nicht aus, nur die Hamburger Verordnungen für Architekt*innen und Ingenieur*innen entsprechend des Suffizienz-Gedankens anzupassen. Flankierend müssten auch die Vorgaben des Umlandes mit bedacht werden, damit die Probleme nicht an den Stadtrand verlagert werden. Manfred Braasch verweist in diesem Zusammenhang noch einmal auf die Forderung des BUND Hamburg nach einem regionalen Planungsverband für die Metropolregion Hamburg.

Julian Petrin geht auf die Frage nach der gesellschaftlichen Akzeptanz suffizienter Wohnformen ein, die von vielen gedanklich mit einem Verzicht auf Privilegien verbunden werden. Er betont, dass es bei jedem Veränderungsprozess immer Befürworter und Gegner gebe. Deshalb wäre es sinnvoll, zunächst einmal ausreichend Angebot zu schaffen für diejenigen, z.B. Baugemeinschaften, die sich verändern wollen. Hier gebe es in Hamburg ein hohes, noch zu hebendes Potenzial. Dies wiederum könne dann positive Impulse für andere senden, die derzeit mit einem suffizienten Wohnansatz weniger anfangen können.

Die Moderatorin beschließt die Diskussionsrunde mit der Frage, was sich die Diskutant*innen für Hamburgs Wohnungsbaupolitik konkret wünschen würden. Frau Loosen bedankt sich für die Veranstaltung und die anregende Diskussion zu dem Thema suffizientes Wohnen. Sie wünscht sich eine Fortführung des Dialoges und eine zukunftsorientierte Programmierung für das Wohnen, die sich neuen Herausforderungen und Entwicklungen anpasst. Wer wisse beispielsweise heute, wie sich das Verhältnis von Wohnen und Arbeit vor dem Hintergrund der zunehmenden Digitalisierung in den kommenden Jahren entwickeln werde?

Julian Petrin spricht sich in seinem abschließenden Statement gegen einen Wachstumsstopp aus, aber für ein qualitätsvolles Wachstum. Man solle den Suffizienzgedanken im Wohnungssektor keinesfalls mit einer Bevölkerungsbegrenzung gleichsetzen oder diese Themen gegeneinander ausspielen. Für mehr Suffizienz brauche es einen entsprechenden Rückhalt in der Bevölkerung und man sollte zunächst einmal die bereits vorhandene positive Energie und bestehende gute Beispiele nutzen und anerkennen.

Auch Dirk Kienscherf ist der Meinung, dass Hamburg 2030 deutlich größer und dabei trotzdem qualitativ und bezahlbar sein wird. Er ist sich sicher, dass Natur und Stadtklima immer mehr an Bedeutung gewinnen werden und sich dies auch in der Stadtentwicklung widerspiegeln werde.

Für Jörg Knieling ist deutlich geworden, dass es wesentlich mehr Ansätze zum suffizienten Wohnen gibt, als man auf den ersten Blick vielleicht für möglich gehalten hätte. Die Fachtagung habe viele gute Beispiele gezeigt, die es weiter hervorzuheben und zu verbreiten lohne. Ein wesentlicher erster Schritt bestehe darin, keine weiteren öffentlichen Flächen an private Investoren und Projektentwickler zu veräußern, sondern auf diesen bezahlbares und suffizientes Wohnen durch Genossenschaften, die SAGA und Baugemeinschaften zu realisieren. Für die Zukunft wünscht er sich



außerdem, die Kooperation zwischen BUND und HafenCity Universität im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung erfolgreich weiterführen zu können.

Dem schließt sich Manfred Braasch gerne an. Er legt zudem noch einmal ein Augenmerk auf den Netto-Null-Ansatz beim Flächenverbrauch und die zuvor angesprochene Bauschuttabgabe. Beides seien wichtige Ansätze für mehr Suffizienz im Wohnungssektor in Hamburg.

Die Veranstalter bedanken sich bei den Referent*innen und den Tagungsgästen für die anregenden Diskussionen und freuen sich auf weitere gemeinsame Projekte mit allen Beteiligten sowie eine erfolgreiche Umsetzung einer suffizienten Stadtentwicklung in Hamburg.

